

Rainer Stuhlmann

Bemerkungen zu theologischen Grundsatzfragen in der kirchlichen Diskussion zum Thema „Globalisierung“

I. Ermessensfrage oder Bekenntnisfrage

Die Globalisierung der Wirtschaft stellt die Kirchen primär vor *sozialethische* Fragen. Wirtschaftsethik ist ein Teil der politischen Ethik. Dazu sagt die Barmer Theologische Erklärung: Der Staat hat die Aufgabe, „in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, *nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens...* für Recht und Frieden zu sorgen“ (Barmen V). Ein großer Teil der ethischen Fragen sind also *Ermessensfragen*. Zu ihrer Beantwortung ist ein vernunftgeleiteter Diskurs nötig, der zu unterschiedlichen und sogar gegensätzlichen Antworten innerhalb einer Kirche führen kann. Ein Konsens ist erfreulich, aber nicht nötig.

Wer Ermessensfragen zu Bekenntnisfragen macht, die in den status confessionis führen, läuft nach evangelischem Verständnis Gefahr, selber der Irrlehre zu verfallen, nämlich der Lehre, die das Heil von menschlichem Handeln erwartet. Andererseits ist die Grenze zwischen Ermessens- und Bekenntnisfragen nicht immer klar und deutlich zu ziehen. Ermessensfragen können in bestimmten Situationen zu Bekenntnisfragen werden.

Einige Kirchen des Südens deuten aus ihrer Perspektive zu recht die Wirkungen der globalisierten Wirtschaft als potenzierte Fortsetzung von Sklaverei, Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Nicht zufällig gingen deshalb von ihnen Anstöße aus, in diesem Kontext auch die *Bekenntnisfrage* (oder Glaubensfrage) zu stellen. Mit der Beantwortung einer Bekenntnisfrage im Bereich der Ethik ist das gemeinsame Bekenntnis der Kirche berührt. Denn dem Bekenntnis hat nicht nur die Lehre sondern auch die Praxis der Kirche zu entsprechen.

Mit dem Bekenntnis zu der „einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche“ sind die extrem asozialen Wirkungen der Globalisierung der Wirtschaft unvereinbar. „Wenn ein Glied am Leibe Christi leidet, dann

leiden alle mit“ (1.Kor 12, 26). Das Bekenntnis fordert, die unvermeidbare Differenz von Armut und Reichtum so weit zu minimieren, dass der Reichtum der einen der Armut der anderen aufhilft.

Das Bekenntnis fordert (neben Frieden und der Bewahrung der Schöpfung) also Gerechtigkeit und Solidarität. Deshalb steht im Mittelpunkt der Argumentation des Lutherischen Weltbundes zu Problemen der wirtschaftlichen Globalisierung die „*communio*“ der Kirche. Das meint die von Christus gestiftete Gemeinschaft, die in Wort und Sakrament empfangen und in Glauben und Leben bewährt wird. In Stellungnahmen der römisch-katholischen und orthodoxen Kirchen kreist die gleiche Argumentation um den Begriff „*Katholizität*“ der Kirche. Zu fragen ist: Welche Differenzen kann die eine Kirche sich leisten und welche stellen die *communio*, die Katholizität der einen Kirche in Frage?

So richtig es aus der Situation des Südens war, in diesem Kontext die Glaubens- oder Bekenntnisfrage zu stellen, so falsch ist es, dass wir die Diskussion im Norden heute darauf konzentrieren. Denn in der Bekenntnisfrage besteht längst Konsens: Das Bekenntnis der christlichen Kirche fordert weltweit Gerechtigkeit und Solidarität. Strittig ist nicht die Glaubensfrage, nicht welche Praxis dem Bekenntnis entspricht. Strittig ist vielmehr, wie die vom Bekenntnis geforderte Praxis am schnellsten und wirksamsten vollzogen werden kann. Und das sind Ermessensfragen.

II. „Prozess gemeinsamen Engagements“ statt *status confessionis* – *processus confessionis* – *covenanting*

Reformierte Kirchen des Südens haben wiederholt erklärt (Kitwe 1995; Buenos Aires 2003), die Globalisierung der Wirtschaft führe die Kirche in den *status confessionis*. Mit diesem Begriff werden alte kirchliche Traditionen aufgenommen. Der Begriff entstammt der Situation von Christenverfolgungen, wie sie z. B. die Offenbarung an Johannes, die Apokalypse, spiegelt. Zur Zeit des römischen Kaisers Domitian schloss die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem Imperium Romanum den Kniefall vor der Kaiserstatue ein und damit die Verleugnung des christlichen Glaubens, der eine solche Praxis ausschloss. Andererseits gab es christliche Gruppen, die sich weit-

gehend anpassten und darum den Kniefall vor der Kaiserstatue mit dem christlichen Glauben für vereinbar hielten. Die Christenheit war damit vor die Alternative Kniefall oder Martyrium und damit in den status confessionis gestellt.

Heute wird mit dem Begriff „status confessionis“ unmittelbar an das Bekenntnis von Belhar (1986) angeknüpft, das in Analogie zur Barmer Theologischen Erklärung (1934) Lehre und Praxis des Rassismus als Irrlehre verwirft und die Kirche zur Überwindung von Lehre und Praxis des Rassismus verpflichtet. In beiden Situationen führte die Treue zum Bekenntnis ins Leiden bis hin zur Lebensgefahr. Aber das allein ist nicht die Bedingung für die Feststellung des status confessionis. Im status confessionis wird eine falsche Lehre („Häresie“) verworfen. Wie sich Barmen gegen die Irrlehre der Deutschen Christen richtete, so Belhar gegen die rassistische Irrlehre einiger weißer Kirchen in Südafrika.

Sollen die Situationen von Barmen und Belhar zur gegenwärtigen Situation wirtschaftlicher Globalisierung in Analogie gesehen werden, dann muss erklärt werden, gegen welche Lehre und Praxis welcher Kirche oder kirchlichen Gruppe sich ein Bekenntnis im Kontext der globalisierten Wirtschaft richten soll. Gibt es Kirchen oder kirchliche Gruppen, die in Frage stellen, dass das Bekenntnis die Kirche zu weltweiter Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet?

Auch früher hat es bereits vorschnelle Versuche gegeben, eine Analogie zu Barmen zu bilden. In den 50er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es Versuche, auch angesichts der *Drohung mit Massenvernichtungsmitteln* im Kalten Krieg den status confessionis festzustellen (Wiederbewaffnung der BRD, Nachrüstung, Ottawa 1982, Thesen des Moderaments des Reformierten Bundes in Deutschland 1982). Die innerkirchliche Diskussion vollzog sich folgendermaßen: Konsens bestand in dem Ziel, den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln zu verhindern. Strittig blieb, ob dieses Ziel nur durch einseitigen Verzicht auf Massenvernichtungsmittel erreicht werden kann oder auch durch die Drohung mit deren Einsatz. Die einen hielten schon diese letztere Frage für eine Bekenntnisfrage, die anderen für eine Ermessensfrage.

Frucht schon der damaligen Erfahrungen war, dass die Feststellung des *status confessionis* weder den innerkirchlichen noch erst recht den politischen Verständigungsprozess nicht nur nicht gefördert, sondern erheblich blockiert und damit dem Ziel beidseitiger Abrüstung mehr geschadet als genützt hat. Schon damals haben die Reformierten ihre Position modifiziert und dafür im Verlauf der Diskussionen 1982 den Begriff „*processus confessionis*“ erfunden. Der gegenwärtige Streit zwischen den Kirchen des Südens und denen des Nordens innerhalb des Reformierten Weltbundes angesichts der Globalisierung der Wirtschaft erinnert an diese Situation und knüpft vielleicht auch bewusst daran an.

Immerhin hat die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes zweimal die von einigen Kirchen des Südens geforderte Feststellung des *status confessionis* angesichts der Globalisierung der Wirtschaft abgelehnt (Debrecen 1997, Accra 2004). Stattdessen wird (wie nach 1982) vom *processus confessionis* gesprochen. Das signalisiert Aufnahme des Anliegens der Kirchen des Südens und Modifikation dieser Position für einen Kompromiss. Mit dieser terminologischen Neuschöpfung soll zum Ausdruck gebracht werden, dass wir uns mit der wirtschaftlichen Globalisierung in einem Prozess befinden, der zu einer Situation führen kann, in der der *status confessionis* ausgerufen werden muss. Das wäre z.B. denkbar, wenn die Kirchen des Nordens sich mit dem *status quo* so abfinden, dass sie resignieren und aufhören, das ihnen Mögliche zur Humanisierung der politischen und wirtschaftlichen Weltsituation zu tun oder wenn sie ihre Solidarität mit den Opfern aufkündigten. Aber der Ausdruck „*processus confessionis*“ bleibt in einer deutschen Volkskirche ohne den geschichtlichen (spezifisch reformierten) Kontext schlicht unverständlich und ist schon deshalb entbehrlich. Da er die ökumenische und erst recht die politische Kommunikation erschwert, ist er hinderlich und darum zu vermeiden.

Er ist inzwischen durch den Begriff „*einen Bund schließen* (Covenanting)“ ersetzt. Aber auch der Begriff „Bund“ ist für die Diskussion innerhalb der Rheinischen Kirche wenig hilfreich. Er will eine Verknüpfung mit der Reformierten Foederal-Theologie und der biblischen Rede vom Bund leisten. Aber dabei ist übersehen, dass die biblische Rede vom Bund gerade nicht von zwei gleichberechtigten Partnern spricht, die sich gegenseitig verpflichten.

ten und einen Bund in Augenhöhe schließen. Das ist vielmehr der heutige Alltagsgebrauch des Wortes. In der Bibel meint Bund immer eine Zuwendung, die ein Überlegener einem Unterlegenen gnädig gewährt. Soll das zu einem Modell ökumenischer Begegnung werden?

Beide terminologischen Neuschöpfungen beschreiben „*einen Prozess gemeinsamen Engagements*“ (so der reformierte Theologe Dirkie J. Smit aus Südafrika in ÖRu 53, 2004, S. 172). Das ist verständliches Deutsch. Die Kirchen des Nordens und die Kirchen des Südens gleich welcher Konfession verpflichten sich, im Hören aufeinander und im Lernen voneinander für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung das zu tun, was ihnen jeweils und gemeinsam zu tun möglich ist. Das einen „Prozess des Bekenkens“ nennen, mag tun, wer will. Hilfreich ist diese Terminologie jedenfalls in unserem volkskirchlichen Milieu nicht.

III. Analyse statt Apokalyptik

Vorbehalte gegenüber der Rede vom status confessionis sind aber auch deshalb anzumelden, weil der Begriff zur apokalyptischen Terminologie gehört, die jeweils Ohnmacht konstatiert und deshalb leicht dazu verführt, auf die Suche und Entdeckung alternativer Handlungsmöglichkeiten zu verzichten. Diese Vorbehalte gelten auch dem aus der Apokalyptik stammenden Begriff „*Imperium*“ gegenüber, der in der gegenwärtigen ökumenischen Diskussion eine gefährliche eindimensionale Weltansicht signalisiert.

Die apokalyptische Figur der Hure Babylon wird in der Apokalypse mit dem Imperium Romanum identifiziert. Dass nicht nur „die Könige der Erde“ (18,3.9f), sondern ausdrücklich auch „die Kaufleute“ (18,3.11-17) und „die Reeder“ (18,17-19) mit der Hure Verkehr haben, zeigt, dass das Imperium Romanum auch als ein Wirtschaftsimperium gesehen wurde. Das führt die Ausleger dazu, den Begriff Imperium auf die heutige Weltwirtschaft zu übertragen. Er suggeriert als feindliches Gegenüber eine organisierte Macht als Urheberin allen Übels.

Der Begriff erlaubt den Kirchen des Südens, die Handlungsmöglichkeiten wie in der antiken Christenverfolgung auf die Alternative von Kniefall oder Martyrium zu reduzieren und damit die Ausrufung des status confessionis

zu fordern. Den Kirchen des Nordens wird dabei die Rolle der naiv-unwissenden oder infam-zynischen Komplizen dieses Imperiums zugewiesen. Mit der Attitüde der (Besser)Wissenden predigen in diesem weltanschaulichen Rahmen die aus dem Süden denen aus dem Norden „Umkehr“.

Aber schon der schlichte Sachverhalt ist differenzierter, als das Schlagwort „Imperium“ suggeriert. Zunächst wurde im 20. Jahrhundert die Pax Romana mit der Pax Americana und daher das Imperium Romanum mit den USA analogisiert. Später wurde die EU und die übrigen G-7-Staaten in das „Reich des Bösen“ miteinbezogen. Aber das Problem globalisierter Wirtschaft ist ja, dass es hier ein nicht greifbares *Geflecht von „Imperien“* gibt, die sich gerade nationalstaatlicher wie zwischenstaatlicher Kontrolle und Beherrschbarkeit entzogen haben. Auch hier vernebelt der simplifizierende Begriff Imperium mehr als er zur Klärung und Lösung der Probleme beiträgt.

Erst recht ist *der biblische Befund* differenzierter. In der Apokalypse wird das Imperium Romanum zwar als „das Tier aus dem Abgrund“ gesehen. Aber Apokalypse 13 steht Römer 13, 1. Petrus 2 und Markus 12 gegenüber. Das Jesus-Wort „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ gibt der (sadduzäisch-herodianischen) unkritischen Anpassung an das Imperium ebenso eine Absage wie seiner (zelotisch-apokalyptischen) Dämonisierung. Dem Jesus-Wort entspricht die Mahnung des 1. Petrusbriefes „Fürchtet Gott, ehrt den König!“, die nicht von ungefähr die V. Barmer These eröffnet und zur Gestaltung des Imperium ermutigt.

Auch im Alten Testament ist Imperium nicht nur Synonym für Ägypten, das Sklavenhaus, die Macht der Unterdrückung. Spätestens mit der Einführung des Königtums in Israel stellte sich die Aufgabe, das „Imperium“ nach den Geboten der Tora zu gestalten. Selbst in einer Situation, in der Babylon als das aktuelle Imperium Ägypten verteufelt wird, hat der Prophet Jeremia auszurichten: „Suchet dieser Stadt Bestes!“ (29,7).

Apokalyptische Sprache ist originär die *Sprache der Leidenden*. Aus Situationen bedrückender Ohnmacht entstehen apokalyptische Visionen, die Hoffnung stiften in aussichtsloser Situation. Abgehoben von der Ursprungssituation der Unterdrückten und Leidenden muss die apokalyptische Sprache übersetzt werden. Wer sie einfach nachspricht, wird zum Papagei. Solche

„bunten Vögel“ hat es im Laufe der Kirchengeschichte immer gegeben. Sie machten stets viel Lärm, aber stets fehlte es auch an Argumentationskraft. Nachgeplappert wird die apokalyptische Sprache zur Sprache der Sektierer – jedweder Couleur.

Pikanterweise bedient sich der amerikanische Präsident wie viele seiner Wähler des gleichen holzschnittartigen Weltbildes. Auch wenn sie mit dem Begriff Imperium („Reich des Bösen“) andere Feindbilder bedienen, es geschieht in der gleichen apokalyptischen Terminologie. Statt Apokalyptik ist von uns Analyse gefordert, wenn wir nicht zu Papageien werden wollen. Der in der apokalyptischen Sprache laut werdende Schrei der Ohnmächtigen ist zu hören und in unsere Situation handlungsfähiger Rechtsstaaten *in politische Appelle zu übersetzen*.

IV. „Entzauberung“ statt „Divinisierung durch Dämonisierung der Ökonomie“

Die Alternative „*Gott oder Geld*“ versteht sich als Parole im Kampf gegen die Vergötzung (Divinisierung) der Ökonomie. In Wahrheit fördert sie diese, jedenfalls dann, wenn die Parole die Ökonomie als solche dämonisiert. Schon immer hat sich der Kampf gegen die Divinisierung (Vergötzung) durch Dämonisierung (Verteufelung) als Illusion erwiesen. In Wahrheit leistet die Verteufelung immer der Vergötzung Vorschub. Das ist auch hier der Fall. Die gegenwärtige kirchliche Diskussion krankt an diesem Widerspruch.

Dämonisierung geschieht z.B. durch Versuche, den „*religiösen Anspruch*“ der *Ökonomie* dadurch zu erweisen, dass die Rede von der „unsichtbaren Hand, die Wirtschaftsprozesse steuert,“ oder zufällige Äquivokationen („Teekesselchen“) als Belege für ihren religiösen Anspruch dienen müssen: Messe, Kredit/Credo, Gläubiger/Glaube, Schuld/en, Erlös/ung, Offenbarung/seid. Andere verweisen darauf, dass Banken und Börsen im Stil von Tempeln erbaut sind oder alltägliche Vorgänge innerhalb der Ökonomie ritualisiert sind, z.B. Vertragsabschlüsse durch Handschlag, Öffnung und Schließung von Börsen durch Läuten einer Glocke.

Ökonomische Begriffe werden unreflektiert *moralisiert*, nämlich als böse qualifiziert: z.B. Markt, Flexibilität, Profit, Konkurrenz, Werbung. So wird

z.B. verdunkelt, dass nicht die Profitorientierung der Wirtschaft das Böse ist. Profitorientierung ist nicht einmal auch nur ein Gegenstand ethischer Reflexion, die ernst genommen werden will. Erst die Frage, wofür der Profit genutzt wird, hat ethische Relevanz. Die Verteufelung von Profitorientierung und ähnliche Simplifizierungen führen dazu, dass ganz ungeniert die Ökonomie als „Abgötterei“ und „Götzendienst“ bezeichnet wird und immer wieder der Begriff „Mammon“ herhalten muss, um die Ökonomie zu dämonisieren.

Natürlich ist nicht zu bestreiten, dass es im Umgang mit Reichtum zu einer Haltung kommen kann, bei der Reichtum zum Götzen und Besitz zum Mammon wird. Und das ist nicht nur eine Gefahr für Individuen, sondern auch für Gruppen, Nationen und Kirchen. Aber immer handelt es sich um *konkrete menschliche Verhaltensweisen* im Bereich der Ökonomie, die der Kritik zu unterziehen sind und zu denen Alternativen aufgezeigt werden müssen. Auch das „strukturelle Böse“ ist daraufhin zu analysieren, welche konkreten politischen Entscheidungen es ermöglichen und begünstigen und wie die entsprechenden besseren Handlungsalternativen aussehen.

Pauschale Verurteilungen helfen auch hier nicht weiter. Was gegen eine drohende Divinisierung der Ökonomie hilft, ist nicht ihre Dämonisierung und damit die Bestätigung ihrer metaphysischen Machtansprüche, sondern ihre Entzauberung. Gefordert ist eine Depotentierung durch *Versachlichung*. Statt Apokalyptik ist auch hier Analyse gefordert.

Ein erster Schritt zu dieser Versachlichung kann eine *Ent-Ideologisierung* der Debatte sein. Es ist zwar bequem, sich mit dem festgefügtten Feindbild „Neoliberalismus“ die Welt zu erklären, aber Klärung einer differenzierten und komplizierten Situation wird damit eher verhindert. Wer die globalisierte Wirtschaft pauschal z. B. der Ideologie des „Neoliberalismus“ beschuldigt, ideologisiert nicht weniger. Entmythologisierung der Ideologien ist angesagt, statt die, die sich selbst gerne als Propheten des Neoliberalismus feiern, zu bestätigen.

Die Leitfrage muss heißen: *Wie kann die Sozialbindung und die Nachhaltigkeitsverpflichtung der Ökonomie*, die in den letzten zweihundert Jahren erkämpft und dann durch die Nationalstaaten mehr oder weniger erfolg-

reich gesichert wurden, *heute international durchgesetzt werden?* Mit dem Stichwort „Wirtschaften für das Leben“ hat die Ökumene längst die richtige Perspektive für Alternativprogramme vorgegeben.

V. Verantwortlicher Umgang mit Reichtum statt Ökonomie als „Mammonismus“ diffamieren

Wer die ethische Problematik der Globalisierung der Wirtschaft einseitig unter dem Motto „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ sieht, verkürzt die biblische Botschaft und blendet andere Ansätze aus, von denen her die Problematik möglicherweise wirkungsvoller und nachhaltiger angegangen werden kann. Auch die Problematik von Armut und Reichtum findet in der Bibel differenzierter Ausdruck, als es der Begriff Mammonismus tut.

Das Wort „*Mammon*“ kommt nur an zwei Stellen der Bibel vor (Mt 6,24 par Lk 16,13 und Lk 16, 9.11). Die alternative Gegenüberstellung von Gott und Mammon („Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“) ist ein einsamer Spitzensatz aus der Ethik der Wanderradikalen. Eine Konsequenz dieser Ethik ist der radikale Besitzverzicht und der Ausschluss der Reichen aus dem Gottesreich („Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr...“). Jesus und die, die ihm aus Galiläa nach Jerusalem folgten, waren solche Aussteiger, eine subversive radikale Minderheit. Sie lebten allerdings vom Reichtum ihrer Sympathisanten und Sympathisantinnen, Männer und vor allem Frauen, die nicht mitwanderten, sondern die Bewegung mit ihrem nicht unerheblichen Vermögen stationär unterstützten.

Im Laufe der Kirchengeschichte hat Jesus immer wieder Nachahmer dieser Lebensart gefunden. In vielen Jahrhunderten gab es *Bewegungen des Pauperismus*, die den Mainstream der Kirche freundlich bis militant infrage stellten (z.B. Katharer, Bettelorden) Auch die gegenwärtige Diskussion um die wirtschaftliche Globalisierung zeigt gelegentlich solche radikalen Züge, freilich zumeist reduziert auf Verbalradikalismus. Dabei ist ins Gedächtnis zu rufen, dass die Predigt radikalen Besitzverzichts immer ihre Entsprechung im eigenen besitzlosen Leben hatte. Es gab keine Armutspropheten mit Bauch!

Gegenüber der Ethik des Wanderradikalismus der Jesusbewegung gibt es im Neuen Testament auch ganz andere Modelle für einen *verantwortlichen Umgang mit Reichtum*. Denn der Verzicht auf Reichtum ist noch nicht die Überwindung seiner asozialen Wirkungen. Im Ganzen geht es in der Bibel um Überwindung von Armut, und dazu kann der Reichtum auf unterschiedliche Weise dienen. Vor allem Lukas transformiert im Evangelium wie in der Apostelgeschichte die radikale Ethik Jesu in Verhältnisse von Sesshaftigkeit, in denen zu einem verantwortlichen Umgang mit dem Besitz angeleitet wird, statt Besitzverzicht zu fordern. Auch Paulus und der Jakobusbrief bieten alternative Modelle zu dem des Wanderradikalismus.

„Gerechtigkeit“ als ein zentraler biblischer Begriff und die Parteinahme für die Armen und Schwachen sind biblische Vorgaben (des Alten wie des Neuen Testaments), von denen her eine Wirtschaftsethik entwickelt werden kann, die auch die heutigen Herausforderungen angemessen aufnehmen kann. Unter dem ökumenischen Motto „Wirtschaften für das Leben“ sind eine Fülle von alternativen Initiativen entwickelt worden (Brot für die Welt, Ev. Entwicklungsdienst, Kindernothilfe, Südwind etc.). Auch von hier her ist der Appell „TATA statt TINA“ zu unterstützen („There **A**re **T**housand **A**lternatives“ statt „There **I**s **N**o **A**lternative“).

VI. Was können Kirchen tun?

Viele kirchliche Dokumente zum Thema erwecken den Eindruck, die Kirchen seien Subjekt des politischen und ökonomischen Handelns, die Kirchen des Nordens oder die als mächtig angesehenen Weltbünde (ÖRK, LWB, RWB). Hier ist Aufklärung und dann mehr *kirchliche Bescheidenheit* angebracht. Vom Angriff auf den Irak haben den amerikanischen und englischen Regierungschef weder der Papst noch die Bischöfe der methodistischen Kirche der USA, deren Mitglied Bush ist, abhalten können.

Angesichts ihrer politischen Ohnmacht flüchten sich manche in den Kirchen in die *Rolle der Propheten*. Sie appellieren, predigen, „setzen Zeichen“ und wissen sich selbst auf der richtigen Seite gegen die böse Welt. Die richtige Überzeugung zu haben und zu artikulieren allein genügt aber nicht. Es

geht nicht nur darum, das Böse zu meiden, sondern es zu überwinden und dabei das uns Mögliche zu tun.

In einer Demokratie heißt das: Das für richtig Erkannte mehrheitsfähig zu machen: Menschen überzeugen, gewinnen, Mehrheiten finden. In diesem Prozess kann eine deutsche Volkskirche und ihre Organe ihren bescheidenen Beitrag leisten. Dazu kann die Rheinische Landessynode mit einem „Wort“ (dem im eigenen Bereich Taten entsprechen) etwas beitragen.

Einige vorläufige Thesen

zu theologischen Grundsatzfragen

in der kirchlichen Diskussion zum Thema „Globalisierung“

I. Ermessensfrage oder Bekenntnisfrage

Das Bekenntnis der christlichen Kirche fordert weltweit Gerechtigkeit und Solidarität. Strittig ist nicht die Bekenntnisfrage, sondern Ermessensfragen, nämlich wie die vom Bekenntnis geforderte Praxis am schnellsten und wirksamsten vollzogen werden kann.

II. „Prozess gemeinsamen Engagements“ statt status confessionis – processus confessionis – covenanting

Die Kirchen des Nordens und die Kirchen des Südens gleich welcher Konfession verpflichten sich, im Hören aufeinander und im Lernen voneinander für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung das zu tun, was ihnen jeweils und gemeinsam zu tun möglich ist. Das einen „Prozess des Bekennens“ nennen, mag tun, wer will. Hilfreich ist diese Terminologie jedenfalls im volkikirchlichen Milieu nicht.

III. Weder Divinisierung noch Dämonisierung der Ökonomie

Gegen eine drohende Divinisierung der Ökonomie hilft ihre Entzauberung. Gefordert ist eine Depotentierung durch Versachlichung. Statt Apokalyptik

ist Analyse gefordert. Ein erster Schritt zu dieser Versachlichung kann eine Ent-Ideologisierung der Debatte sein. Die Leitfrage muss heißen: *Wie kann die Sozialbindung der Ökonomie heute international durchgesetzt werden?*

IV. Verantwortlicher Umgang mit Reichtum statt Ökonomie als „Mammomonismus“ diffamieren

Der Verzicht auf Reichtum ist noch nicht die Überwindung seiner asozialen Wirkungen. Zur Überwindung von Armut kann der Reichtum auf unterschiedliche Weise dienen. „Gerechtigkeit“ und die Parteinahme für die Armen und Schwachen sind biblische Vorgaben (des Alten wie des Neuen Testaments), von denen her eine Wirtschaftsethik entwickelt werden kann, die auch die heutigen Herausforderungen angemessen aufnehmen kann.

V. Was können Kirchen tun?

Das für richtig Erkannte mehrheitsfähig machen: Menschen überzeugen, gewinnen, Mehrheiten finden.